

Die Energiewende geht ins zweite Jahr und es wird immer deutlicher, dass das Programm nicht realitätstüchtig ist. Die Lage wird allmählich bedrohlich.

Die schleichende Energiekrise

Von Gerd Held

Wenn auf einer Baustelle der Wurm drin ist, dann zeigt sich das selten in einem einzigen Ruck, mit dem alles zum Stillstand kommt. Meistens gibt es kleinere, verstreute Anzeichen. So lässt sich heute die Lage auf der Baustelle „Energiewende“ beschreiben, die vor kurzem noch als Vorhaben von historischer Bedeutung gepriesen wurde. Die großen Ankündigungen sind verstummt. An ihre Stelle treten fast täglich Meldungen, die von Verzögerungen, Technologielücken und Verteuerungen berichten. Der Offshore-Bau von Windrädern und Leitungen in der Nordsee gestaltet sich schwieriger als gedacht und liegt weit hinter Plan. Zu Lande gibt es bisher nicht einmal einen ersten Trassenvorschlag für das „große Netz“ – das normale Planungsverfahren hat noch gar nicht begonnen. Da die Atomkraftwerke größtenteils abgeschaltet wurden und die erneuerbaren Energien die Lücke nicht annähernd füllen können, kehren die fossilen Energieträger wieder. Bauanträge für neue Kohle- und vor allem Gaskraftwerke liegen vor, in Brandenburg wird die Lösung „Braunkohle und Windenergie“ verkündet. Schon werden wir schlechtere Zahlen beim Klimaschutz gemeldet. Gleichzeitig gibt es fast täglich Nachrichten über höhere Preise bei Strom, Gas, Heizöl und Benzin. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Wärmedämmung an Gebäuden kommt nicht voran, weil niemand weiß, wer die immensen Kosten stemmen kann – ein Bundesgesetz mit sehr blauäugigen Zielvorgaben ist wegen der teuren Folgen für die Länder gestoppt. Und für das viel gerühmte Elektro-Auto war 2011 ein Jahr der Ernüchterung.

Es ist an der Zeit, einmal ein Gesamtbild der Lage zu zeichnen. Der Chefökonom der Internationalen Energieagentur, Faith Birol, hat in seinem Weltenergieausblick

die Entwicklung „viel pessimistischer als vor einem Jahr“ beurteilt. Im weltweiten Gesamtkraftwerk, das die Energieversorgung unserer Zivilisation leisten muss, nehmen die Spannungen zwischen den Zielen Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit, Katastrophenabwehr und Klimaschutz zu. Die Konferenz von Durban zeigte, dass das Misstrauen gegen wohlfeile Patentlösungen gewachsen ist. Die „Energiewende“ ist ein schönes Wort: Die Bezeichnung „Wende“ suggeriert eine magische Dialektik, die ein leichtes Umschalten wie von Zauberhand und einen schnellen Wandel ermöglicht. Doch zeigt die Technikgeschichte, dass das Energiesystem zu den langsamsten Strukturen der Entwicklung gehört. Eine „Wende der Energie“ ist ein Widerspruch in sich - eine ganz und gar ideologische Konstruktion, die keine Kilowattstunde produziert. In der Realität baut sich gegenwärtig eine weltweite Energielücke auf. Der Mangel frisst sich mehr oder weniger schnell in die verschiedenen Volkswirtschaften und in das Alltagsleben der Haushalte.

Von Beginn an ist die Energiewende ist mit dem Anspruch aufgetreten, etwas ethisch Höherwertiges zu vertreten. Die Verlautbarungen der von der Regierung einberufenen „Ethikkommission“ erweckten den Eindruck, die Wende sei die einzige Lösung, die überhaupt eine moralische Qualität beanspruchen dürfe. Alle anderen Lösungen seien bloß am schnöden Nutzen und ökonomischen Gewinn orientiert. Dabei gab es von vornherein eine gedankliche Schiefelage. Man setzte - in der Erregung nach dem Fukushima-Unfall – das sogenannte „Restrisiko“ absolut und zog die Konsequenz, dass damit die Kernenergie auch als Übergangslösung in ein anderes Energiesystem erledigt sei. Doch die Be-

schwörung des Restrisikos übergang die Frage, was denn anstelle der Kernenergie-Brücke treten sollte. Die Beschwörung der Katastrophe machte die erneuerbaren Energien ja nicht automatisch produktiver. Auch lieferte sie nicht die lang ersehnte Speichertechnologie. Doch die Ethikkommission befasste sich gar nicht ausführlich mit dem Entwicklungsstand alternativer Energieversorgung. Ihre Aussagen waren hier ausgesprochen vage, während sie sich zum AKW-Abschalten auf eine Vorgabe von Jahreszahlen festlegte. Das war ein merkwürdiges, rein negatives Verständnis von Ethik. Eine Ethik des Abwehrens, die für das Gebot des Konstruierens keinen Sinn hatte. Nun aber kehrt die verdrängte Frage nach konstruktiven Lösungen zurück – jede Meldung von Bauverzögerungen, Technologielücken und Preissteigerungen zeugt davon.

Schon frühzeitig hat es Stimmen gegeben, die darauf hinwiesen, dass es neben dem Risiko großer AKW-Unfälle noch ein anderes Großrisiko gibt: Eine schleichende Krise der weltweiten Energieversorgung. Sie entsteht, wenn die verfügbare Breite von Energieträgern durch ein einseitiges Abschalten eingeschränkt wird und das so verkleinerte Gesamtkraftwerk überlastet wird. Dem zu widerstehen und sich auch von großen Unfällen nicht von ihrer konstruktiven Aufgabe ablenken zu lassen, ist eine ethische Pflicht der Menschen – insbesondere der Menschen in den entwickelten Ländern. Mit einem Wort: Der Atomausstieg ist moralisch sehr fragwürdig. Er ist es auch aus einem konkreten historischen Grund. Die Welt befindet sich de-

mographisch in einer Übergangsphase. Es wird wohl noch ein Jahrhundert dauern, bis sich die damit verbundenen, sprunghaften Veränderungen stabilisiert haben. Für diese Zeitspanne brauchen wir Übergangslösungen und Provisorien. Auf absehbare Zeit ist nicht der historische Moment für große Ausstiege. Die Ideologie der „Wende“ passt nicht ins 21. Jahrhundert.

Ob es in der Bundesregierung hier einen Selbstzweifel gibt? Das wäre wohl übertrieben. Eher zeigt sie eine merkwürdige Passivität auf ihrer Großbaustelle. Eigentlich könnte man erwarten, dass die zuständigen Minister im Kabinett angesichts der vielfältigen, drängenden Probleme einen operativen Stab einrichten – eine Taskforce „Energiewende“ also. Doch nichts dergleichen geschieht. Als es um das Abschalten der Atomkraftwerke ging, schuf man in kürzester Zeit vollendete Tatsachen. Jetzt geht es um die Durchsetzung von Umbau-Maßnahmen und man zieht sich ins zweite Glied zurück. Statt exemplarisch Probleme und Konflikte vor Ort durchzustehen, gibt es eine neue Volte ins Grundsätzliche. Das Neueste ist ein „Masterplan“, den der Umweltminister am 12. Dezember in einem Beitrag für die FAZ vorschlug. Die Herausforderung, so Norbert Röttgen, liege „in der Verknüpfung der verschiedenen Handlungsebenen“. Das ist das bekannte Vokabular der Problemverwaltung, das nun auch unsere Energieversorgung regieren will. Währenddessen steigen die Preise und bei den Energieversorgungs-Unternehmen häufen sich die Schwierigkeiten.

(Manuskript vom 13.1.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 17.1.2012)